

Forderungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft Jetzt handeln!

Landesbauerntag des BLHV 2024 in Oberkirch

Die Landwirtschaft ist mit beispiellosen Herausforderungen konfrontiert, von finanziellen Belastungen bis hin zu bürokratischen Hürden, sowie durch die Auswirkungen des Klimawandels. Die jüngsten Kürzungen beim Agrardiesel haben die Situation unserer Landwirtinnen und Landwirte nochmal drastisch verschärft. Mit unseren Demonstrationen haben wir deutlich gemacht, dass wir ein „weiter so“ nicht akzeptieren werden.

In dieser Zeit ist es entscheidend, nicht nur Probleme zu erkennen, sondern auch zeitnahe, umsetzbare Lösungen anzubieten, die sofort eine finanzielle sowie bürokratische Entlastung für die Landwirtschaft erreichen. In dem Bewusstsein, dass die Landwirtschaft eine tragende Säule unserer Gesellschaft und Wirtschaft ist, fordern wir die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker auf, die genannten Forderungen umzusetzen. Es ist an der Zeit, die Landwirtschaft in Südbaden zu entlasten und sie als Rückgrat der Ernährungssicherheit und als Schlüsselakteur im Kampf gegen den Klimawandel zu stärken.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen, darunter die Beibehaltung der Gewinnglättung, die Einführung einer Risikoausgleichsrücklage, die Vereinfachung der Berufsmäßigkeitsprüfung, eine maximale AFP-Förderung für rinderhaltende Betriebe, die steuerliche Begünstigung biogener Treibstoffe, ein wirksames Management von Wildtierpopulationen, eine sinnvolle Anpassung des Bundeswaldgesetzes, die Abschaffung der Stoffstrombilanz sowie der Stilllegungspflicht und die Einführung einer verbindlichen Herkunftskennzeichnung sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Systeme.

1. Gewinnglättung beibehalten und Risikorücklage einführen

Es sind steuerliche Maßnahmen gegen die starken Schwankungen der Betriebsergebnisse in der Landwirtschaft zu ergreifen. Das Instrument der Tarifiermäßigung durch Gewinnglättung in einem Drei-Jahres-Zeitraum nach § 32c EstG hat sich bewährt und etabliert. Daher macht es Sinn, diese Regelung weiterzuführen. Auch die Einführung der Anlage einer Risikoausgleichsrücklage in guten Jahren, um sie später in schlechten Jahren steuermindernd auflösen zu können, würde die Betriebe resistenter gegen die extremen Ausschläge bei den Erntemengen und Marktpreisen machen.

2. Vereinfachung der Berufsmäßigkeitsprüfung

Im Unterschied zu anderen Branchen kann die Landwirtschaft ihre gestiegenen Lohn- und Produktionskosten nicht einfach voll auf das Produkt umlegen. Dies gilt insbesondere für die Sonderkulturen, z.B. Spargel, Erdbeeren und Wein. Nötig ist daher ein branchenspezifischer Mindestlohn für die Landwirtschaft, um der besonderen Wettbewerbssituation der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Sehr wichtig wäre es auch, eine Vereinfachung der Berufsmäßigkeitsprüfung in der Sozialversicherung einzuführen. Wer als kurzfristig beschäftigte Saisonarbeitskraft im Jahr einen Verdienst unter der hochgerechneten Minijob-Grenze (12 x 538 Euro) erzielt, sollte als nicht berufsmäßig beschäftigt und damit sozialversicherungsfrei gelten.

3. Maximale AFP-Förderung für rinderhaltende Betriebe

Rinderhaltende Betriebe werden nicht zögern, in einen tierwohlfreundlichen Stall zu investieren, sofern sich eine tragfähige Lösung abzeichnet. Für kleine Betriebe muss es möglich sein, die höchstmögliche Förderquote zu erhalten, ohne dafür zusätzliche Auflagen erfüllen zu müssen. Der Erhalt dieser Betriebe garantiert ein hohes Maß an Gemeinwohlleistungen wie z.B. die Offenhaltung der Landschaft und dem Erhalt der Biodiversität.

4. Biogene Treibstoffe steuerlich begünstigen

Biogene Treibstoffe sind klimaneutral, regional erzeugbar und bieten eine Einkommenschance für die Landwirtschaft. Im Sinne einer klimapositiven Subvention müssen alle Verbrauchssteuern auf Biodiesel und Co. auf null heruntergefahren werden.

5. Stilllegungspflicht stilllegen

Die verpflichtende Stilllegung von landwirtschaftlichen Flächen bedeutet nicht nur schmerzhaftes Einkommensverluste für Landwirte, es ist auch in Zeiten von Klimawandel und steigender Weltbevölkerung moralisch schwer zu vertreten, den wachsenden Hunger in der Welt nicht zu stillen. Es müssen regional angepasste, produktionsintegrierte Lösungen gefunden werden, die alle Zielkonflikte der Landwirtschaft berücksichtigen. Agrarumweltmaßnahmen müssen attraktiv entlohnt werden, auf Freiwilligkeit beruhen und langfristig planbar sein.

6. Wölfe und Biber in Schach halten

Wir fordern ein aktives und wirksames Management von Wildtierpopulationen wie Wölfen und Bibern, um Schäden in der Landwirtschaft zu minimieren und den Schutz von Nutztieren zu gewährleisten. Angesichts der aktuellen Wolfspopulation in Deutschland darf das Bundesumweltministerium nicht länger ein aktives Bestandsmanagement, auch auf EU-Ebene, blockieren. Ebenso muss eine aktive Regulierung des Bibers stattfinden und dessen Schäden müssen entschädigt werden.

7. Bundeswaldgesetz mit Sinn und Verstand

Die Forstwirtschaft bedarf kluger und nachhaltiger Managementpraktiken, die sowohl die ökologische Vielfalt als auch die wirtschaftliche Nutzung unserer Wälder sicherstellen. Der aktuelle Referentenentwurf des Bundeswaldgesetzes (12/23) ist ein obrigkeitsstaatliches Misstrauensvotum gegenüber jedem Waldbesitzer. Der Wald im Klimawandel braucht „Beinfreiheit“ seiner Bewirtschafter, um zu überleben, und nicht bürokratische Auflagen. Die Forstverwaltung muss Partner der Waldeigentümer bleiben und nicht zum Staatsanwalt degenerieren.

8. Stoffstrombilanz abschaffen

Die Stoffstrombilanz fordert eine aufwendige und detailreiche Dokumentation, ohne dabei einen substanziellen Erkenntnisgewinn für die Umwelt oder den landwirtschaftlichen Betrieb zu bieten. Darüber hinaus wird die Stoffstrombilanz nicht durch das EU-Recht gefordert.

9. Verbindliche Herkunftskennzeichnung

Wir fordern die Einführung einer verbindlichen Herkunftskennzeichnung, die es Verbrauchern ermöglicht, bei allen Lebensmitteln – sowohl in verarbeiteter Form, wie Wurst und Grillwaren, als auch bei Mahlzeiten in Restaurants und Kantinen – klar und eindeutig das Herkunftsland zu identifizieren. Diese Maßnahme soll die Transparenz erhöhen, die regionale Produktion stärken und den Verbrauchern eine bewusste Entscheidungsgrundlage bieten.